



Foto: imago/Anton Thiem

Foto: imago/United Archives



STANDPUNKT

Ein Anfang, nicht das Ende

Kurt Stenger über das neue Weltklimaabkommen

Nach der Einigung auf den UN-Klimavertrag war viel von einem »historischen« Erfolg die Rede. Das ist gewiss nicht übertrieben, denn die Vertreter aller Staaten dieser Welt haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, sich ein gemeinsames Ziel auf die Fahnen zu schreiben. Und die UNO hat nach der Einigung auf neue globale Entwicklungsziele erneut gezeigt, dass sie in der Lage ist, die beiden großen Zukunftsfragen anzugehen: die Bekämpfung der Armut und die Begrenzung der Erderwärmung.

Wenn sich aber die Floskel der »historischen« Einigung in den Köpfen festsetzt, könnte dies durchaus gefährliche Konsequenzen haben. Dies klingt nämlich nach Vergangenen und einem: »Wir haben es geschafft.« Davon allerdings kann keine Rede sein – im besten Fall hat man das diplomatische Vorgeplänkel einigermaßen über die Runden gebracht. Erstmals gibt es ein weltweites Klimaschutzabkommen, doch dieses ist nur in Teilen verbindlich. Zudem ist das offizielle Ziel für die Begrenzung der Erderwärmung nicht ausreichend und die von den Staaten geplanten Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen reichen nicht einmal dafür aus.

Dennoch sollte das Ergebnis nicht in Bausch und Bogen verdammt werden. Es liefert der Forderung nach Dekarbonisierung und einem Kohleausstieg neue Munition. Klar ist nun, dass sich auch Deutschland nicht länger darum drücken kann. Das Paris-Abkommen ist ein Anfang – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

UNTEN LINKS

Haben Sie schon einmal ein Plagiat erworben? **Fälschungen** sind, wenn man Ernst & Young glauben darf, ziemlich populär. Und: Die Produktpiraten werden immer dreister. Gefälscht werde »fast alles«, warnen die Berater: »sogar ganze Fahrzeuge«. Eines der Opfer: der VW-Konzern. Ein anderes Beispiel heißt SPD. Seit längerem versuchen Nachahmer, eine Billigversion des traditionsreichen Produkts auf den Markt zu bringen – mit erschreckendem Erfolg. Immer wieder greifen Hunderttausende zur SPD in dem Glauben, es sei Sozialdemokratie drin. Kein Wunder: Warnhinweise auf der Verpackung fehlen. Viele Nutzer merken zwar schon bald, dass es sich um eine Billigkopie handeln muss. Der Gerechtigkeitsknopf fehlt und das Solidaritätsaggregat klappert gewaltig. Immerhin: Einer der Plagiatoren hat jetzt auf einer Verkaufsmesse in Berlin die Fälschung zugegeben. Bei dem dort beworbenen Produkt handele es sich um die »donnernde Sowohl-als-auch-Partei«. Wir verstehen: Wo SPD draufsteht ist DSP drin. tos



Nach links will Gabriel dann doch nicht. Das freut Merkel.

Fotos: dpa/Kay Nietfeld

Merkels Gabriel

CDU und SPD wollen weniger Flüchtlinge. Nur die Methode ist umstritten

Berlin. Nach dem SPD-Parteitag kommen am Montag auch die CDU-Delegierten zusammen. Was beide Parteien derzeit unter anderem gemeinsam haben: Ihre Vorsitzenden bekommen Gegenwind aus den eigenen Reihen. Sigmar Gabriel hat das mit einem vergleichsweise schlechten Wahlergebnis Ende vergangener Woche zu spüren bekommen. Angela Merkel spürt es seit Wochen in der Debatte über die Asylpolitik der Union.

Der Forderung nach einer deutschen Obergrenze für den Zuzug von Geflüchteten will die Kanzlerin zwar nicht nachgeben. Offenen Streit um ihren Kurs will die CDU-Vorsitzende aber vermeiden – mit Veränderungen am Leitansatz zur Flüchtlingspolitik. »Es geht um Reduzierung, es geht um Verringerung der Zahl der Flüchtlinge«, sagte Merkel am Sonntag mit Blick auf die CDU-Beratungen in Karlsruhe.

Auch die SPD will diese Reduzierung, das hat Thomas Oppermann am Sonntag noch einmal klargestellt. Die Sozialdemokraten fordern eine internationale Kontingent-Regelung – ähnlich wie Merkel –, Gabriel habe aber deutlich gemacht, sagt der Fraktionschef, dass die Zahl der Flüchtlinge reduziert werden soll. »Darüber zu sprechen, ist für uns nicht das Ende der Willkommenskultur«, heißt die Losung bei der SPD.

Obergrenze, Kontingente, langsamerer Flüchtlingszuzug – wie auch immer CDU und SPD es nennen, unter dem Strich ist nur die Methode umstritten. Nach Ansicht der Linkspartei bedrohen sowohl SPD-Linie als auch CDU-Kurs das Grundrecht auf Asyl. Dieses dürfe »weder durch Obergrenzen noch durch Kontingente eingeschränkt werden«, heißt es in einem Vorstandsbeschluss vom Wochenende.

Einen Unterschied gibt es zwischen SPD und CDU dann aber doch noch – die Union stellt die Kanzlerin. »Wie lange musst du denn noch immer zu Angela Merkel fahren?«, frage ihn seine Tochter immer wieder, plauderte der SPD-Vorsitzende aus dem persönlichen Nähkästchen. »Keine Angst, nur noch bis 2017«, laute seine Antwort. Weder die Umfragen noch die Politik der Sozialdemokraten lassen das derzeit auch nur annäherungsweise als möglich erscheinen. tos Seite 4 und 5

Meilenstein mit Nachbesserungsbedarf

Die Einigung auf ein Weltklimaabkommen stößt nicht bei allen auf Freude und Erleichterung

Von »historisch« bis »zynisch« reicht die Palette der Reaktionen zum neuen Weltklimaabkommen.

Von Kurt Stenger

»In Paris hat es seit Jahrhunderten viele Revolutionen gegeben. Aber heute ist die schönste und friedlichste aller Revolutionen vollbracht worden, die für den Klimawandel.« Frankreichs Präsident François Hollande war bei leibe nicht der einzige Politiker, der sich euphorisch zum Ausgang des 21. UN-Klimagipfels äußerte. Am Samstagabend beschlossen die Vertreter aller 195 UN-Staaten sowie der EU in Paris ein neues Weltklimaabkommen. Dieses schreibt das Ziel fest, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf »weit unter« zwei Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Auch die regelmäßige Überprüfung nationaler Klimaschutzziele und Finanzhilfen für arme Länder im

Umfang von 100 Milliarden Dollar ab 2020 sieht der Vertrag vor.

Die Verhandlungen waren am Freitag ins Stocken geraten. Vor allem ein Bekenntnis der großen Schwellenländer Brasilien, Südafrika und Mexiko, das Abkommen zu unterstützen, brachte den Durchbruch. Zum Schluss sorgte noch der Vertreter Nicaraguas mit der Bemerkung, die Klimaschutzanstrengungen seien nicht ausreichend, für Verzögerung. Das Land enthielt sich der Stimme – ein Nein hätte das Abkommen zu Fall gebracht.

Rund um den Globus wurde die Einigung als »historisch« begrüßt. US-Präsident Barack Obama sagte, dieses Abkommen schaffe »die Rahmenbedingungen, die die Welt braucht, um die Klimakrise zu lösen«. Von einer »echten Weichenstellung der Welt in Richtung Energiewende« sprach Kanzlerin Angela Merkel. Mexikos Staatspräsident Enrique Peña Nieto twitterte, der Vertrag biete die Basis für eine nachhaltige globale Wirt-

schaft und eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes.

Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände begrüßten die Einigung, sehen aber Nachbesserungsbedarf: Der Vertrag bestäti-

»Heute ist die schönste und friedlichste aller Revolutionen vollbracht worden.«

Frankreichs Präsident François Hollande

ge klar, dass »vor allem die Industriestaaten in der Pflicht sind, die Entwicklungsländer bei ihren Klimaschutzbemühungen zu unterstützen und ihnen bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu helfen«, sagte Stefan Krug von Greenpeace im »nd«-Interview. Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig nannte den Text einen »Meilenstein«, schränkte aber ein:

»Weder haben die Länder verabredet, ihre schwachen Klimaschutzziele nachzubessern, noch enthält das Abkommen robuste Verpflichtungen für die reichen Länder zur Unterstützung der armen Länder bei der Anpassung an den Klimawandel.« Als »zynisch« bezeichnete Hannah Eichberger vom Aktionsbündnis »Ende Gelände« die Einigungen: »Sie werden als Erfolg verkauft, bedeuten aber, dass der Klimawandel katastrophal voranschreitet.«

Das Abkommen muss von den Parlamenten ratifiziert werden, bevor es in Kraft treten kann. Eine Ausnahme bilden die USA. Da keine Emissions- oder Finanzzahlen im »Paris Agreement« stehen, muss dort der von konservativen Klimaschutzgegnern dominierte Kongress nicht zustimmen. Der Mehrheitsführer der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, kündigte bereits an, der nächste US-Präsident könne Obamas Klimaschutzvorschriften »einfach zerreißen«. Seite 2

Straßenschlachten bei Naziaufmarsch

Pfarrer König verhaftet / Antifaschist berichtet von Prügel durch Polizei

Leipzig. Mehr als 2000 Menschen haben in Leipzig mit Demonstrationen gegen einen Aufmarsch von rund 150 Neonazis protestiert. Dabei kam es am Samstag zu Auseinandersetzungen zwischen Linken und Polizeikräften. Die Beamten nahmen 23 Menschen vorübergehend in Gewahrsam.

Im Laufe des Tages geriet der sich gegen rechts engagierte Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König in Visier der Polizei. Nachdem er auf einer linken Gegendemonstration von seinem Lautsprecherwagen aus gesprochen hatte, wurde König zeitweise festgehalten. Es habe sich um eine Präventivmaßnahme gehandelt, erklärte Ricardo Schulz von der Leipziger Staatsanwaltschaft dazu. Gegen den Pfarrer werde ermittelt. Es bestehe der Anfangsverdacht des aufwieglischen Landfriedensbruchs.

König selber erhebt derzeit schwere Vorwürfe gegen die Beamten. Er sei von einem Polizisten durch das geöffnete Seitenfenster seines Wagens geschlagen worden, erklärte der Antifaschist. Agenturen/nd Seite 6

Wieder Angriffe auf Asylunterkünfte

Bundesweit über 3200 rechte Straftaten in zwei Monaten

Berlin. Am Wochenende haben sich mehrere Attacken gegen Asylbewerberheime ereignet. In Güstrow in Mecklenburg-Vorpommern wurde die dortige Unterkunft für Flüchtlinge angegriffen. Aus einer Gruppe Jugendlicher heraus seien Steine gegen das Gebäude geworfen worden, teilte die Polizei mit. Auch aus Niedersachsen und Thüringen wurden Angriffe gemeldet. In einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in Bad Bevensen haben Unbekannte einen Brand gelegt und durch Vandalismus weitere Schäden angerichtet. Außerdem wurden Knallkörper auf ein von Asylbewerbern bewohntes Gebäude in Roßleben geworfen.

Nach Angaben des »Spiegel« nahm die Zahl der registrierten Straftaten aus dem neonazistischen Spektrum in den vergangenen Monaten deutlich zu. Demnach registrierten die Behörden allein im Oktober 1717 Straftaten von rechts; im September waren es 1484. Insbesondere bei den Gewalttaten sei seit diesem Sommer ein starker Anstieg der Zahlen festzustellen. Agenturen/nd Seiten 4 und 6

USA: Anschlag auf Moschee

29 Prozent sehen Muslime negativ

Berlin. In Kalifornien hat es einen Anschlag auf eine Moschee gegeben – wenige Tage nach muslimfeindlichen Äußerungen des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers Donald Trump. Laut einem Vertreter der Islamic Society of Palm Springs im Ort Coachella wurde auf das Gebäude ein Brandsatz geworfen. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen, verletzt wurde niemand.

Die Tat fällt in die hitzige Debatte über Äußerungen Trumps, der unter anderem ein vorläufiges Einreiseverbot für Muslime gefordert und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hatte. Eine Mehrheit von 57 Prozent der US-Bürger lehnt laut einer Umfrage die Forderung Trumps ab, 25 Prozent plädierten dafür. Unter den Republikanern unterstützen 42 Prozent das geforderte Einreiseverbot, nur 36 Prozent sind dagegen. Die Umfrage ergab zudem, dass 59 Prozent der US-Bürger eine positive Meinung zu Muslimen haben, 29 Prozent sehen Muslime negativ. Den Angaben zufolge haben sich diese Prozentsätze seit dem Jahr 2002 kaum verändert. Agenturen/nd